

# Rieser Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtanschrift  
Tageblatt Rieser  
Bernstr. 20.  
Sachsenstr. 22.

Das Rieser Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Anwaltschaft beim Amtsgericht Rieser, des Rates der Stadt Rieser, des Finanzamts Rieser und des Hauptzollamts Meißen behördlicherseits bestimmtes Blatt.

Postfach 100  
Dresden 1300  
Sachsenstr.  
Rieser Nr. 22

Nr. 67.

Donnerstag, 20. März 1930, abends.

83. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 1/6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig ohne Zustellgebühr. Für den Fall des Eintretens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 30 mm breite, 8 mm hohe Grundstift-Belle (6 Spalten) 25 Gold-Pfennige; die 35 mm breite Beklammerselle 100 Gold-Pfennige; jetztaubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag, feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Vertrag verfällt, durch Abgabe eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Rieser. Künftige Unterhaltungsbeilage "Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungsanstalten — hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Rieser. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Hagemann, Rieser; für Anzeigenteil: Wilhelm Dietrich, Rieser.

## Die Etatdebatte im Landtag.

Nr. Dresden, 19. März 1930.

### Am Mittwoch begann im Landtag die allgemeine Aussprache über den Staatshaushaltplan

und die damit im Zusammenhange stehenden Vorlagen, Anträge und Anfragen. Sämtliche Punkte werden gemeinsam beraten, nur für die Begründung der Anträge und Anfragen soll nach Mitteilung des Präsidenten je eine Viertelstunde Redezeit gewährt werden. Die Deutsche Volkspartei verzichtet für ihre Anträge auf die Begründung. Die Kommunisten dagegen nehmen die Gelegenheit wahr, etwas länger sprechen zu können und begründen ihre Anträge über die Bürgschaftsübernahme für den Direktor Wölffler bei den Gaswerken durch die Sächsische Staatsbank, sowie ihren Antrag wegen Durchführung des Landtagsbeschlusses über die restlose Verwendung der Mietsteuergelder für den Wohnungsbau. — In der Gasangelegenheit erklärt Ministerialdirektor Dr. Gebel: Die Bürgschaft der Staatsbank für den Direktor Wölffler sei ordnungsmäßig aufgefunden und habe der Regierung nicht zur Kenntnis gebracht werden brauchen. — Finanzminister Dr. Weber verteidigt die Beamtenbeschlüsse gegen die Vorwürfe der Korruption und fordert von den Kommunisten positive Unterlagen, die untersucht werden könnten.

Darauf eröffnet Abg. Edel (Soz.) die Aussprache über den Etat. Er meint, es könne keine Rede davon sein, daß der vorliegende Etat günstiger abblende als seine Vorgänger. Der Etat sei ein ganz jämmerliches Machwerk. (Zuruf: Das scheint aber eine jämmerliche Eitrate zu werden!) Seine Freunde lehnten den Etat ab, weil er Abgaben bringe auf Kosten der arbeitenden Bevölkerung, weil er die leistungstarken Volksschichten schone und die schweren Belastungen in sich birge für die Volksgesamtheit und die Arbeiterklasse im Besonderen. Im Reich müsse eine Steuer-, Finanz- und Wirtschaftspolitik getrieben werden, die uns in den Stand setze, das Arbeitslosenelend zu lindern. Vor allem müsse für vermehrte Einnahmen gesorgt werden. Darum sei eine der wichtigsten Bedingungen für den eventuellen Eintritt der Sozialdemokraten in die Regierung eine Umgestaltung der Grund- und Gewerbesteuer. Die Ministerpräsidenten und die Gehälter der hohen Beamten, sowie der Direktoren der U.S.B. müßten herabgesetzt werden. Für die Erwerbslosen seien 15 Millionen in den außerordentlichen Etat einzusetzen. Das Straßenausbauprogramm müsse durchgeführt werden. Auch die Zusperrungen seien zu beseitigen, um das Erwerbslosenelend zu lindern. Förderung des Wohnungsbaus sei dringend nötig. Der Staat habe die Pflicht, den notleidenden Gemeinden zu helfen. Eine Kopfsteuer dürfe aber nicht eingeführt werden. Ganz entschieden ablehnen müsse seine Partei die Finanzsituation, daß Ausgaben nur bewilligt werden dürfen, wenn die erforderlichen Mittel vorhanden sind.

Abg. Dr. Blüher (D.V.P.) Das bedeutendste Ereignis dieser Tage sei die Verabschiedung des Youngplans im Reichstag und seine Unterzeichnung durch den Reichspräsidenten. Der Youngplan werde auch nur eine Etappe des Reparationsproblems sein. Das Ziel sei die Streichung der Kriegsschulden. Deutschland und besonders Sachsen littten jetzt besonders unter der Arbeitslosigkeit. Die Unterhaltung der Erwerbslosen sei Aufgabe des Reiches. Der Staat werde sich nicht der Verpflichtung entziehen dürfen, den Gemeinden in ihrer schwierigen Lage zu helfen. Das beste Mittel gegen Arbeitslosigkeit sei Arbeitsbeschaffung; aber in dieser Beziehung könne die öffentliche Gewalt nicht allzuviel tun. Die Regierung habe die Pflicht, den beantragten Betriebsbeihilfen nach Möglichkeit entgegenzutreten. Die sächsische Regierung habe auf die Erklärung eines Kongress, daß er eine Fabrik schließen werde, geantwortet, daß dann die Regierung die Fabrik weiterführen werde. (Hört! Hört!) Die im Etat vorgesehenen Bauten müßten so rasch als möglich bewilligt werden. Einige Eisenbahnen seien bereits am Horizont zu sehen; ein langames Anheben der Aktivität der Handelsbilanz, die Ergebnisse der Leipziger Messe, die Entlastung des Geldmarktes. Der verkürzte Etat erschwere die Einarbeitung in den Haushaltsplan. Seine Partei begrüße den balancierten Etat, den man aber erst dann übersehen könne, wenn man aus dem angekündigten Nachtrag erfahren haben werde: den Betrag aus der Tilgung der Eisenbahnschuld, den Mehrbetrag aus der Kraftfahrzeugsteuer, den Betrag für die produktive Erwerbslosenfürsorge und den Betrag für Sachsen aus der geplanten Reichsfinanzreform.

Der Redner beschäftigte sich dann mit den Beschlüssen des Gemeindefinanzgesetzes zum Etat und der Erweiterung des Finanzministeriums. Das Finanzministerium komme in der Ausführung des Gemeindefinanzgesetzes noch recht gut weg. Eine solche Benachteiligung der Gemeinden durch die Staatseinkünfte sei nicht angängig. Mit dem Altersgrenzengesetz sei seine Partei einverstanden. Bedauerlich sei das Steigen der persönlichen Ausgaben; das Beweise, daß in Sachsen auf dem Gebiete der Verwaltungsreform noch nicht viel geschehen sei. Redner schließt: Die Regierung möge sich dafür einsetzen, daß die Reichsreform weitergetrieben werde. An der Verwaltungsreform mitzuarbeiten, sei seine Partei jederzeit bereit.

Finanzminister Dr. Weber weist dem Vorredner gegenüber darauf hin, daß die Regierung bei der Aufstellung des diesjährigen Etats die Steuerüberweisungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 30 mm breite, 8 mm hohe Grundstift-Belle (6 Spalten) 25 Gold-Pfennige; die 35 mm breite Beklammerselle 100 Gold-Pfennige; jetztaubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag, feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Vertrag verfällt, durch Abgabe eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Rieser. Künftige Unterhaltungsbeilage "Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungsanstalten — hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Rieser. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Hagemann, Rieser; für Anzeigenteil: Wilhelm Dietrich, Rieser.

Ministerpräsident Dr. Hübner erklärt: Die Schwierigkeiten der Finanzlage von Reich, Ländern und Gemeinden seien noch nie so groß gewesen wie gegenwärtig. Da habe einmal reine Wirtschaft gemacht und ein balancierter Etat vorgelegt werden müssen. Alle Reformen hätten Opfer in der Form von Abstrichen bringen müssen. Dieses Notjahr müsse durchgekämpft werden.

Abg. Renner (Komm.) ist mit dem Etat ganz unzufrieden. Für die Polizei habe man Geld, damit sie mit Gummirollen und Sandgranaten gegen die Arbeitslosen vorgehen könnte, für die Wohlfahrtspflege aber bleibe nichts übrig. Dr. Blüher habe mit seiner Rede den Versuch unternommen, der Sozialdemokratie ein Regierung mit der Wirtschaftspartei schmachtet zu machen. Redner wendet sich zum Schluß gegen die Sozialdemokratie, die Helfer des Kapitalismus sei.

Abg. August (Wirtsch.-P.) weist darauf hin, daß die Steuerentlastungen bereits vollständig ausgeschöpft seien. Eine harte Belastung der sogenannten tragfähigen Schichten sei nicht möglich, ohne die Wirtschaft vollständig zu zerbrechen. Seine Partei begrüße das Bestreben der Regierung, die Staatsausgaben mit den Einnahmen in Einklang zu bringen. Der Schuldendienst in der öffentlichen Verwaltung müsse ein Ende bereitet werden. Die Wirtschaftspartei wird ihre Wünsche auf Abbau gewisser Sondersteuern, wie der Schlachtsteuer, noch einmal auszusprechen. (Zuruf von links: Wieder einmal!) Neue Belastungen durch Steuererhöhungen, wie sie die Sozialdemokraten wünschten, würden seine Freunde ablehnen. Die Reibeträge im Etat seien jetzt nicht anders als durch Abstriche zu beseitigen. Die Wirtschaftspartei werde die Regierung, die gleiche Bestreben zeige wie die gegenwärtige, unterstützen.

Abg. Siegert (Dn.) bemängelt die Unberücksichtigung des verkürzten Planes; er wünscht Verwirklichungen bei den werdenden Betrieben betr. des investierten Kapitals und eine vergleichende Haushaltsstatistik von 1918 und 1925 bis 28. Die Verkürzungen der Ausgabenposten dienen der Balancierung des Etats. Heute gelte ein ausbalancierter Etat als Ruhemittel, ein Etat mit Millionen-Defizit beträgen schiene als etwas Gewöhnliches. Die Balancierung diene der Festigung des Staatskredits; sie sollte vor allem ein erlebbares Vorbild für die Gemeinden sein. Die Einsparungen seien nicht, wie behauptet, auf Kosten der Gemeinden vorgenommen worden. Die Kürzung der Begehrunterstützungen sollte noch zurückgestellt werden, bis die Steigerung des Anteils der Kraftfahrzeugsteuer wirklich erfolgt sei. Der Redner begrüßt die Erhaltung der Altersgrenze der Beamten, ebenso die Anordnung eines Probejahres für die Volksschullehrer, äußerte aber Bedenken gegen die Erhöhung der Gerichtskosten. Er wolle sich dann den einzelnen Kapiteln zu und erhob Widerspruch namentlich gegen die weitergehende Restkürzung der öffentlichen Hand. Optimistisch sei die Schätzung des Steuerertrags. Nicht zu rechtfertigen seien die Kürzungen der Beihilfen für die sächsische Landwirtschaft.

Der Redner forderte weiter vom Ministerium für Volksbildung die Initiative sowohl zur Revision des Uebereinstimmungsabkommens als auch zur Vereinfachung der Uebereinstimmungsabkommens. Die inneren Gründe der Theatermiskunde müßten untersucht werden. Die Hauptsache sei, so schließt der Redner, daß der Etat die Feuerprobe der Einzelberatung bestünde und daß dann noch eine leistungsfähige Volkswirtschaft vorhanden sei, um ihn durchzuführen.

Finanzminister Dr. Weber verteidigt die Mehrereinstellung für die Bergakademie Freiberg. Die Bergakademie habe sich ansehnlich des Rückganges des Erzberaubens fürler auf die Lehr- und Forschungsbetriebe des Braunfelsenerberaubens und der Eisenhüttenwirtschaft einstellt. Dieser Ausbau der Bergakademie bede in engem Zusammenhang mit der beteiligten Wirtschaft.

Abg. Dr. Blüher (D.V.P.) stellt den Ausführungen des Finanzministers gegenüber richtig, daß die Deutsche Volkspartei den balancierten Etat begrüße.

Abg. Schladebach (Landvolk) erklärt sich namens seiner Partei mit den vorgeschlagenen Einsparungen einverstanden. Es werde weiter zu prüfen sein, ob nicht auch eine mindestens 5prozentige Einsparung der Beamtengehälter eintreten könnte. Die Lage der Landwirtschaft sei katastrophal. Die Verschuldung betrage über 90 Prozent des Einheitswertes, und zwar handele es sich hierbei nur um die fundierten Schulden, nicht berücksichtigt sei die latente Verschuldung und nicht berücksichtigt die Tatsache, daß der Landwirt seinen besessenen Kindern keinen Lohn zahlen könne. Er richte an die Regierung die dringende Bitte, in Zukunft Stundungs- und Erlahngelände wegen der Realsteuer zu berücksichtigen. Die Kredite an die Landwirtschaft seien in der Voraussetzung gegeben worden, daß sie bei Besserung der Lage der Landwirtschaft wieder zurückgezahlt werden sollten. Die jetzige Notlage der Landwirtschaft schließt aber jede Rückzahlung und Verzinsung aus. Die Landwirtschaft leide nicht nur unter einer Preiskrise, sondern auch unter einer schweren Absatzkrise. Notwendig sei die Vergabe verbilligter Kredite zur Erhaltung der landwirtschaftlichen Gebäude. Redner schließt mit der Hoffnung, daß der vorliegende Etat sich für Land und Volk gegenwärtig erweisen möge.

Darauf werden die Verhandlungen gegen 18 Uhr abgebrochen. Die Fortsetzung der Beratung erfolgte heute Donnerstag, vormittag 11 Uhr.

### Beschlüsse des Gesamtministeriums.

id. Dresden. Das Gesamtministerium hat in seiner letzten Sitzung beschlossen, dem Landtag den Entwurf eines Gesetzes über die Grundsteuer für das Rechnungsjahr 1930 zugehen zu lassen, der vorseht, daß die für 1928 und 1929 erhobene Grundsteuer auch für das Rechnungsjahr 1930 erhoben wird. Weiter wurde der Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Landesfinanzausgleichsgesetzes und einige Steuergesetze verabschiedet. Durch diesen Gesetzentwurf soll vielfachen Wünschen der Beteiligten und des Landtags entsprechend, insbesondere die Vorschriften über die Steuerverteilung an die Gemeinden und Bezirksverbände gerechter gestaltet, sowie einige weitere Bestimmungen geändert werden, die eine Verbesserung der Finanzlage der Gemeinden zum Ziele haben.

Nach einem gleichfalls vom Gesamtministerium eingereichten Entwurf eines Gesetzes über die Änderung des Wohlfahrtspflegegesetzes und des Gesetzes über die Verwaltungsvorschriften sollen die Aufwendungen der Bezirksfürsorgeverbände zugunsten Landesfürsorgeberechtigter nicht mehr im einzelnen erstattet, sondern durch Vorkaufbeträge abgefunden werden. Mit dieser Regelung ist eine erhebliche Verwaltungsvereinfachung verbunden.

Schließlich wurde der Entwurf eines Schuländerungsgesetzes für 1930 angenommen, durch den von minderwertigen Bestimmungen abgesehen festgestellt wird, daß die im jetzt ablaufenden Schuljahr geltenden Richtkündenzahlen auch für die beiden nächsten Schuljahre beibehalten werden.

### Die Steuer- und Zollvorlagen.

id. Berlin. Der Steuerentscheid des Reichstags tritt zur Beratung der ihm übermittelten Steuerentwürfe erst am Dienstag nächster Woche zusammen.

Die von den Regierungsparteien vereinbarten Zolländerungen sind nunmehr als Initiativentwürfe dem Reichstag zugegangen. Es handelt sich um fünf Gesetzentwürfe. Die beiden Gesetzesentwürfe, die die Zolländerungen bei Weizen, Hafer, Malz, Kartoffeln, Mehl und Reis enthalten, sind von sämtlichen Regierungsparteien unterzeichnet. Der Gesetzentwurf über die Zolländerungen bei Getreide trägt nur die Unterschrift der Fraktionen der Sozialdemokraten, des Zentrum und der Bayerischen Volkspartei während von der Deutschen Volkspartei nur die Abg. Dr. Beder-Hellen, Günther, Janson und Dr. Leutbecher und von den Demokraten nur die Abg. Bernhardt, Dr. Kölsch und Dr. Wieland mit unterschrieben haben. Der Gesetzentwurf über die Zolländerungen bei Zucker haben alle Regierungsparteien mit Ausnahme der Deutschen Volkspartei unterzeichnet, das Maßgesetz nur Sozialdemokraten, Zentrum und Bayerische Volkspartei. Hier fehlen also die Unterschriften der Demokraten und Deutschen Volkspartei.